

GEMEINSAME ÖFFENTLICHE ERKLÄRUNG VON AMNESTY INTERNATIONAL UND WEITEREN 19 MR-ORGANISATIONEN

AI Index; MDE 13/5840/2017

8. März 2017

Iran: Die Unterdrückung der Personen, die Wahrheit und Gerechtigkeit für die in den 1980ern Getöteten suchen, muss aufhören!

Die iranischen Behörden müssen die Schikanen, Einschüchterungen und Verfolgungen von Menschenrechtsverteidigern stoppen, die für die Menschen, die in den 1980ern ohne Prozess hingerichtet wurden oder einfach nur „verschwanden“ und für deren Familien nach Wahrheit und Gerechtigkeit suchen.

In den letzten Monaten wurden mehrere Menschenrechtsverteidiger, darunter Mansoureh Behkish, Maryam Akbari-Monfared und Raheleh Rahemipour, Opfer von Schikanen, Repressalien oder Anklagen. Die Anklagen waren sehr vage formuliert, sie bezogen sich auf Taten gegen die nationale Sicherheit. Die Beschuldigten hatten sich aber nur friedlich bemüht, das Schicksal der Hingerichteten und Verschwundenen aufzuklären. Diese Verfolgungen zeigen erneut die Versuche der Behörden, die über drei Jahrzehnte fortlaufenden Bemühungen zur Wahrheitsfindung über die von den iranischen Behörden begangenen schrecklichen Menschenrechtsverletzungen zu unterdrücken. In den 1980ern wurden mehrere Tausend Menschen ohne Gerichtsverfahren hingerichtet und 1988 kam es noch einem Anstieg der Massenhinrichtungen. Die Hingerichteten wurden in anonymen Massengräbern begraben.

Ein Höhepunkt der Verfolgungen der Menschen, die sich um Wahrheit und Gerechtigkeit bemühten, wurde im August 2016 durch eine Veröffentlichung von Tonaufnahmen und Berichten von den Vorgängen in den 1980ern bei einem Treffen ausgelöst. In den Tonaufnahmen verteidigten hohe Beamte die 1988 durchgeführten Massenhinrichtungen.

Diese Tonaufzeichnungen erschütterten das ganze Land. Die Behörden mussten zugeben, dass die Massenhinrichtungen von 1988 von der höchsten Ebene der Regierung geplant worden waren. Ahmad Montazeri, der Sohn von Ayatollah Montazeri, war damals Vertreter des Höchsten Führers. Er wurde zu einer Haftstrafe verurteilt, weil er die Tonaufnahmen auf seiner Website veröffentlicht hatte.

Über diese Entwicklungen sind die unterzeichnenden Organisationen äußerst beunruhigt. Sie fordern die iranischen Behörden auf, die Urteile gegen Maryam Akbari-Monfared, Raheleh Rahemipour und Ahmad Montazeri aufzuheben und den noch offenen Fall von Mansoureh Behkish zu schließen und Maryam Akbari-Monfared unverzüglich und bedingungslos freizulassen. Die Behörden sollten sichere Verhältnisse schaffen, die es Menschenrechtsverteidigern ermöglichen, Informationen über die Massenhinrichtungen zu erlangen, ohne dass sie Angst vor Verfolgung haben müssen. Sie sollten das Recht auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung verteidigen, das wäre ein erster Schritt, die Straflosigkeit im Iran zu beenden.

Die unterzeichnenden Organisationen drängen die iranischen Behörden, ihre Versuche einzustellen, die Menschenrechtsverteidiger zum Schweigen zu bringen und auch andere

AMNESTY INTERNATIONAL PRESSEERKLÄRUNG

Personen, die Licht in die vergangenen Untaten bringen wollen. Sie sollten stattdessen ihre Verpflichtungen gegenüber dem internationalen Recht respektieren und sorgfältige und unabhängige Untersuchungen der ernsthaften Menschenrechtsverletzungen aus den 1980er Jahren durchführen, unter Einschluss der Hinrichtungen von 1988. Sie sollten dem Recht auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung für die Opfer und ihre Familien voll zur Geltung verhelfen.

Betroffene Personen

In den letzten Monaten waren es u. a. die folgenden Personen, die auf der Suche nach Wahrheit und Gerechtigkeit als Menschenrechtsverteidiger von den Vorfällen betroffen waren. Es sind Manssoreh Behkish, Maryam Akbari-Monfared, Rahelen Rahemipour und der Sohn von Ayatollah Montazeri, Ahmad.

Mansoureh Behkish erfuhr am 29. Oktober 2016, dass sie wegen „Versammlung und Verschwörung zum Begehen von Straftaten gegen die nationale Sicherheit“ und wegen „Verbreitung von Propaganda gegen das System“ angeklagt sei. Die Anklagen bezogen sich auf ihre friedliche Menschenrechtsarbeit bei der Suche nach Wahrheit und Gerechtigkeit, darunter auch auf ihre Zusammenarbeit mit den Müttern und Familienmitgliedern derjenigen, die in den 1980er Jahren hingerichtet wurden. Sie hatte Versammlungen zum Gedenken in ihrem Haus abgehalten. Sie ging mit den Familien zum Friedhof Khavaran, einer Grabstätte im Süden von Teheran. Dort hatten die Behörden einen Teil der außergerichtlich Hingerichteten vergraben lassen, darunter auch die Schwester von Mansoureh, vier ihrer Brüder und einen Schwager.

Maryam Akbari-Monfared musste seit Oktober 2016 Repressalien erdulden, als sie aus dem Gefängnis heraus eine Beschwerde führte, in der sie eine offizielle Untersuchung der Massenhinrichtungen politischer Gefangener in den 1980er Jahren forderte. Auch ihr Bruder und ihre Schwester waren unter den Hingerichteten. Sie wollte wissen, wo sie begraben waren und fragte nach der Identität der Verantwortlichen. Die Beamten strichen ihr daraufhin Medikamente wegen Rheuma und einer Schilddrüsenerkrankung. Besuche ihrer Familie wurden als Vergeltung eingeschränkt und auch der Kontakt zu ihren drei Kindern. Die Staatsanwaltschaft drohte mit einer erneuten Anklage. Die Familie gab an, der zuständige Staatsanwalt für das Evin Gefängnis habe gesagt: „Was will sie eigentlich wissen? Die ihren Bruder und ihre Schwester hingerichtet haben sind tot oder sehr alt, wahrscheinlich sind ihre Verwandten in Khavaran begraben Solche Beschwerden nützen niemandem. Sie erschweren nur ihre Gefängnisbedingungen und wirken sich negativ auf die Entlassung oder auf einen Hafturlaub aus.“

Die Gefangene verbüßt eine 15jährige Haftstrafe wegen verschiedener Anklagen, darunter auch „Feindschaft gegen Gott“, das Urteil wurde im Mai 2010 gesprochen. AI fand heraus, dass ihr Urteil im Zusammenhang mit Telefongesprächen mit ihren Geschwistern stand, die Mitglieder der Volksmudjaheddin waren (PMOI). Sie besuchte sie auch im Irak. Sie bekam kein schriftliches Urteil, keine Mitteilung über die Beweislage und die gesetzlichen Grundlagen für die Verurteilung. Ihr Ehemann teilte mit, der Richter habe gesagt sie büße für die Aktivitäten ihrer Geschwister bei der PMOI. Ihr Widerspruch wurde abgelehnt, Gründe dafür nicht mitgeteilt. Ein Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens läuft vor dem Höchsten Gericht des Iran.

Raheleh Rahemipour wurde im Januar 2017 zu einem Jahr Haft wegen „Verbreitung von Propaganda gegen das System“ verurteilt. Sie hatte auf friedliche Weise versucht, die

AMNESTY INTERNATIONAL PRESSEERKLÄRUNG

Wahrheit über die Geschehnisse bei der Exekution ihres Bruders Hossein 1984 herauszufinden. Seine Tochter Golrou wurde im Evin Gefängnis geboren, sie verschwand 15 Tage nach ihrer Geburt. Die Wärter hatten das Kind der Mutter weggenommen, angeblich um Untersuchungen durchzuführen, die Tochter kehrte nie zur Mutter zurück. Später wurde der Familie mitgeteilt, die Tochter sei gestorben. Die Behörden legten nie eine Sterbeurkunde vor, es gab keine Informationen über die Todesursache und auch nicht über den Ort des Grabes.

In dem Urteil wird ein Interview von Raheleh Rahemipour zitiert, ihre Teilnahme an Treffen, bei denen sie ein Schild hielt mit „Ihr habt meinen Bruder getötet! Was geschah mit seiner Tochter?“ und ihre Unterschrift auf einer Petition mit der Forderung nach Wahrheit und Gerechtigkeit für die damals Hingerichteten. Im Mai 2016 sandte eine Abteilung der UN eine Mitteilung an die iranischen Behörden, in der sie den Fall des Bruders und der Nichte aufgriffen. Bis Ende Februar 2017 erhielten sie keine Antwort. Raheleh R. blieb in Freiheit und erwartet das Ergebnis eines Widerspruchs an das Appellationsgericht.

Ahmad Montazeri ist der Sohn des verstorbenen Ayatollah Hossein Ali Montazeri. Er wurde im November 2016 zu 21 Jahren Haft durch das Gericht für Kleriker verurteilt. Die Anklagen lauteten „Verbreitung von Propaganda gegen das System“ und „Enthüllung von Plänen und geheimen Entscheidungen die Politik des Landes betreffend bis hin zur Spionage“. Das Gericht verfügte, dass er im Hinblick auf die Verdienste seiner Familie und bei fehlenden Vorstrafen nur sechs Jahre von der Strafe ableisten müsse. Sein Urteil bezieht sich auf die Veröffentlichung der Tonaufzeichnung auf der Website seines Vaters. Die Behörden meinten, dadurch würde den Feinden des Landes zugearbeitet und auch durch ein Interview, dass er gegeben hatte. Ahmad Montazeri wurde am 22. Februar 2017 inhaftiert, bekam aber ab dem nächsten Tag Hafturlaub. Einige Tage später wurde ihm mitgeteilt, dass seine Haftstrafe aufgehoben sei.

Hintergrund

Ayatollah Hossein Ali Montazeri sollte Nachfolger des verstorbenen Führers Chomeini werden. Das wurde aufgehoben, als er in Opposition zu den Massenhinrichtungen 1988 ging. In der Tonaufzeichnung, die sein Sohn im August veröffentlichte, sagte Ayatollah Montazeri: „Die größte Straftat, die in der Islamischen Republik begangen wurde und für die uns die Geschichte bestrafen wird, wurde durch euch begangen, und zukünftig werden eure Namen als Kriminelle in die Geschichte eingehen“.

Nach dem internationalen Recht müssen Personen, bei denen Beweise für ernsthafte Straftaten vorliegen und auch die dafür Verantwortlichen, bei Beachtung der international gültigen Regeln vor Gericht bestellt werden. Wenn schuldig, müssen sie angemessen bestraft werden, die Todesstrafe darf nicht angewendet werden und auch keine körperliche Bestrafungen.

(Werner Kohlhauer: Unautorisierte Übertragung der Koordinationsgruppe Iran. Es gilt das englische Original.)